



www.wege-aus-der-krise.at

Überfluss besteuern,
in die Zukunft investieren!

Zivilgesellschaftliche Budgetrede 2010



Globale
Verantwortung
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

18. Oktober 2010

Zivilgesellschaftliches Budget 2011 – Alexandra Strickner, Attac Österreich

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger in Österreich!

Sehr geehrte Abgeordnete zum Nationalrat!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Finanzminister!

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister!

Nachdem dem österreichischen Nationalrat diese Woche – entgegen den verfassungsmäßigen Vorgaben – kein Budget für 2011 zur Diskussion vorgelegt wird, übernehmen diese Aufgabe nun wir als Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen der Zivilgesellschaft.

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Bildungs- und Demokratiep Politik. Sie ist die Basis für die Gesellschaftspolitik unseres Landes.

Daher legen wir Ihnen heute ein Zukunftsbudget vor!

Ein Zukunftsbudget das aufzeigt, dass Budgetkonsolidierung und Zukunftsinvestitionen kein Widerspruch sind!

Ein Zukunftsbudget, das bei den Bedürfnissen der Menschen und den globalen Herausforderungen ansetzt und jetzt erste dringend notwendige Schritte in Richtung einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Zukunft ermöglicht.

Ein Zukunftsbudget, das sicherstellt, dass die Ursachen der Krise bekämpft werden und die Mitverursacher und Mitverursacherinnen jetzt dabei einen entsprechenden Beitrag leisten, und wir somit auch ein Stück mehr Steuergerechtigkeit erlangen.

Meine Damen und Herren, trotz der besseren Wachstumsdaten der Wirtschaftsforschungsinstitute und der damit höher prognostizierten Einnahmen für das Budget 2010, kann nicht vom Ende der Krise gesprochen werden – auch wenn das viele jetzt gerne tun. Die höheren Einnahmen – so erfreulich sie sein mögen – täuschen uns nicht über notwendige Herausforderungen hinweg. Diese Herausforderungen sind für uns:

- Die Verbesserung des gesamten Bildungssystems: von der Volksschule bis zur Universität.
- Der Ausbau der Kinderbetreuung – insbesondere die Ausweitung von Öffnungszeiten und die Betreuung von Kindern bis zu 3 Jahren.
- Der Ausbau von sozialen Diensten und Betreuungseinrichtungen – allen voran in der Pflege.

- Der Ausbau nachhaltiger öffentlicher Mobilität, der thermischen Sanierung, sowie der Ausbau ökologisch nachhaltiger Energieformen – mit dem Ziel, unseren Beitrag zur Reduktion des CO₂ Ausstoßes zu leisten und somit den Klimawandel zu verringern.
- Der Erhalt und der Ausbau kommunaler Dienstleistungen.
- Die massive und nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit.
- Mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit und die Bekämpfung des Klimawandels auch auf globaler Ebene.

Für all diese Herausforderungen braucht es jetzt Investitionen – und nicht Sparprogramme. Meine Kolleginnen und Kollegen werden Ihnen die Details für diese Zukunftsinvestitionen präsentieren. Nur so viel sei gesagt: in Summe werden diese Zukunftsinvestitionen mehr als 70.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen, dass Österreich weiterhin einen anderen Weg der Krisenbekämpfung geht, denn die Erfahrungen anderer Länder, die bereits massive Einsparungen durchführen, zeigen, dass diese zu einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen und damit zu negativen sozialen Folgen führen.

All diese Herausforderungen müssen JETZT in Angriff genommen werden und nicht erst in ein paar Jahren, nachdem das Budget ausgabenseitig saniert wurde.

Wir legen Ihnen hiermit eine sozial gerechte Finanzierung für diese Investitionen und den für Österreich für 2011 notwendigen Beitrag zur Budgetkonsolidierung vor. Unser Vorschlag enthält folgende Elemente:

- die Einführung einer Vermögenssteuer für Haushalte ab einem Nettovermögen von 500.000 Euro
- die Besteuerung von Zinserträgen und Gewinnen aus der Veräußerungen von Beteiligungen von Stiftungen mit 25%
- die Besteuerung des Wertzuwachses von Wertpapieren und die Abschaffung der Spekulationsfrist, sowie der Besteuerung von Gewinnen aus Immobilienspekulationen mit 25%
- die Abschaffung der Gruppenbesteuerung
- die Erhöhung der Mineralölsteuer für Diesel auf 4c/pro Liter
- die Einführung einer Flugticketabgabe
- die Reform der Energieabgabevergütung
- die Abschaffung der Mineralölsteuerrückvergütung für die Landwirtschaft, sowie die Aufhebung der Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen
- die Einführung einer Bankensteuer und

- die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene eingeführt wird.

Durch diese Maßnahmen können für 2011 in Summe rund 3,5 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen eingehoben werden.

Warum schlagen wir diese Steuern vor?

Erstens sind alle von uns vorgeschlagenen Steuern per 1. 1. 2011 bzw. im Laufe des Jahres 2011 umsetzbar.

Zweitens orientieren sich diese Vorschläge an folgenden Maßstäben:

- sie schaffen Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen und Kapitalgesellschaften ab
- sie stellen sicher, dass jene, die überflüssiges Vermögen haben, einen gerechten Beitrag leisten
- sie tragen zur Ökologisierung des Steuersystems bei und
- sie sind ein erster und wichtiger Beitrag für eine gerechtere Verteilung der Steuerlast.

Drittens wird damit sichergestellt, dass jene, die vom bisherigen unregulierten Finanzsystem und in der Folge von den ersten Rettungspaketen der Regierung besonders profitiert haben, jetzt zur Verantwortung gezogen werden, und einen entsprechenden Beitrag für die Budgetkonsolidierung leisten.

Mit den 3,5 Mrd. Euro an Einnahmen aus diesen Steuern können wir problemlos die notwendige Konsolidierung des Budgets laut den Vorgaben der EU- Kommission in der Höhe von 0,5% des Bruttoinlandsproduktes für 2011 finanzieren – das sind 1,5 Mrd. Euro.

UND zugleich die jetzt notwendigen Zukunftsinvestitionen tätigen.

Gerade diese Investitionen werden uns auch helfen – gemeinsam mit der jetzt anspringenden Konjunktur - die Rückführung des Defizits bis 2013 auf unter 3% problemlos zu erreichen. Und zwar OHNE bei den gesellschaftlich wichtigen Bereichen sparen zu müssen. Unser Ziel ist „Musterschüler“ bei den Zukunftsinvestitionen zu werden – und nicht so wie von der Regierung angepeilt: „Musterschüler“ in der Budgetkonsolidierung durch Sparen.

Meine Damen und Herren, unser zivilgesellschaftliches Budget ist nur ein ERSTER notwendiger Schritt für 2011, der sicherstellt, dass jetzt notwendige Zukunftsinvestitionen erfolgen, und nicht mit fadenscheinigen Sparargumenten auf irgendwann verschoben werden.

Für uns ist klar, dass es eine umfassende Reform unseres Steuersystems, aber auch der Mittelverwendung, also der Ausgaben, braucht. Als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und als Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind wir davon überzeugt, dass

eine umfassende Überarbeitung unseres Steuersystems und der öffentlichen Ausgaben nur im Rahmen eines Reformprozesses möglich ist. Dieser muss transparent und unter Einbindung einer breiten Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen, die unterschiedliche Bereiche abdecken, erfolgen.

Wir möchten daher, dass ab Anfang 2011 ein solcher Prozess für die Reform des Steuersystems und der Mittelverwendung beginnt. Bis zum Herbst 2011 sollen erste Vorschläge erarbeitet werden, und zwar für:

- ein sozial gerechteres und umverteilendes Steuersystem
- eine umfassende Ökologisierung des Steuersystems und
- eine bessere Nutzung der vorhandenen Gelder für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechtere Wirtschaft und Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt möchten wir auch die Gelegenheit nutzen, die Pläne der EU Staats- und Regierungschefs – also auch von Bundeskanzler Faymann und Finanzminister Pröll - hinsichtlich neuer EU-weiter Krisenbekämpfungsmaßnahmen anzusprechen. Wie Sie vielleicht wissen, hat die EU-Kommission sechs Vorschläge dafür vorgelegt. Eine Maßnahme ist die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, u.a. durch die Einführung eines automatischen Sanktionsmechanismus mit harten Strafen. Während diese Maßnahmen zügig entwickelt und diskutiert werden, findet man nur gähnende Leere im Hinblick auf strengere Spielregeln für Finanzmärkte und Finanzmarktakteure. Anstatt die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bekämpfen, sollen also die Folgen bekämpft werden. Damit versuchen die politisch Verantwortlichen einmal mehr den Bock zum Gärtner zu machen! Wir lehnen Maßnahmen in dieser Form ab, da sie die politischen Handlungsspielräume nationaler Parlamente im Bereich der öffentlichen Budgets weiter einengen, anstatt notwendige Spielräume zu eröffnen. Wir brauchen jetzt nicht die Verschärfung der Maastricht-Kriterien, die übrigens in Zeiten des Wachstums vereinbart wurden und für Krisenzeiten gänzlich ungeeignet sind.

Was wir jetzt auf europäischer Ebene brauchen, ist die Regulierung der Finanzmärkte und echte Vorschläge für eine koordinierte europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Beschäftigung, die Ökologisierung der Wirtschaft und Verteilungsgerechtigkeit im Zentrum stehen.

Meine Damen und Herren – das von uns vorgelegte zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget ist möglich, UND notwendig. Und unser Zukunftsbudget ist der Beweis dafür, dass Budgetkonsolidierung durch Sparbudgets nicht notwendig ist.

Lassen Sie es uns also das Zukunftsbudget gemeinsam umsetzen!

Thermische Sanierung und nachhaltige Energie – Niklas Schinerl, Greenpeace

Österreich muss Klimaschutz Spitzenreiter werden! Nicht weil es kurzfristig wäre, hier zu zögern, sondern, weil es in unserer Verantwortung liegt, voran zu schreiten. Ein Land wie Österreich hat das Knowhow, die Chance und die Kraft wichtige Impulse im Gleichklang mit den anderen Staaten der Europäischen Union einzubringen.

Der Klimawandel ist das Ergebnis des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, das auf unendlichem Wachstum und dem endlosen Vorhandensein von fossiler Energie aufbaut. Es basiert auf einer veralteten Technologie, die das letzte Jahrhundert entscheidend mitgeprägt hat. Wer, wenn nicht wir, hat die Chance und die Verantwortung, dieses fossile Zeitalter hinter sich zu lassen? Es scheitert nicht an der Technologie und es scheitert nicht am Geld, es liegt allein an unserem Willen, diesen Schritt zu gehen. Die Zeit dafür ist reif.

Der Nutzen liegt nicht nur darin, dass wir unseren Kindern einen lebenswerten Planeten hinterlassen, sondern auch der volkswirtschaftliche Gewinn ist enorm. Der Mutige wird belohnt werden! Zu lange haben wir die Potentiale hier links liegen gelassen, zu lange haben wir drauf vertraut, dass sich das Problem als weniger dramatisch herausstellt, als befürchtet.

Zulange haben wir zugesehen und Energie, Strom und Leistung einfach verschwendet, weil wir dachten, die Ressourcen des Planeten sind unerschöpflich. Sind sie aber nicht. Damit müssen wir uns arrangieren. Besser heute als morgen. Daher werden wir den effizienten Umgang mit Energie fördern. 200 Millionen Euro sollen im nächsten Jahr als Investitionsanreiz für die thermische Sanierung bereit stehen. Damit entstehen tausende neue Arbeitsplätze. Damit sparen sich die Menschen Heizkosten. Damit helfen wir der Umwelt.

Wir werden in erneuerbare Energien investieren – mehr denn je. Keiner, der hier in die Zukunft investieren will, soll warten müssen. Wer in erneuerbare Energien investieren will, den müssen wir unterstützen, statt ihn zu bremsen. In die Zukunft zu investieren muss sich wieder lohnen. Also heben wir die Beschränkungen beim Ökostrom auf und geben der Wirtschaft hier die notwendige Investitionssicherheit. Wer zu uns kommt, dem werden wir helfen. Dafür bürgе ich.

Nachhaltige Mobilität – Heinz Högelsberger, Gewerkschaft vda

Sehr geehrte Damen und Herren!

Österreich verfügt über ein sehr gutes öffentliches Verkehrsnetz und die Verkehrsinfrastruktur ist im Vergleich zu anderen Ländern in einem fabelhaften Zustand. Auch auf die Versorgung mit öffentlichem Verkehr dürfen wir durchaus stolz sein.

Der bestehenden Verkehrsinfrastruktur fehlt es allerdings an Visionen und Zielen. Besonders wenn wir bedenken, dass der Verkehr immer noch einer der Hauptverursacher der CO2 Emissionen ist.

Warum fehlen Ziele? Weil es keine strategische Verkehrspolitik gibt. Unkoordiniert investieren die Bundesländer sehr unterschiedlich in den öffentlichen Verkehr. Wenn Sie so wollen, dann hängt die Anbindung an das Schienennetz und eine anständige Busverbindung vom Bundesland ab, in dem jemand wohnt. Gut ausgebauten Bus- und Bahnverbindungen im 10min Takt steht die Abhängigkeit vom Privat-PKW gegenüber. Das ist kein Zustand, der in einem Land wie Österreich zu dulden ist!

Die bestehenden vage formulierten Ziele wurden klar verfehlt. Beispielsweise ist es nicht gelungen, den Anteil an Schienengüterverkehr zu erhöhen und in manchen Regionen hat es eine massive Ausdünnung des öffentlichen Verkehrsangebots gegeben. Fehlende Transparenz, unklare Verantwortlichkeiten und eine Vielzahl an zuständigen Stellen machen eine koordinierte Verkehrspolitik derzeit fast unmöglich.

In den nächsten Jahren wird es darum gehen ein attraktives Angebot an öffentlichen Verkehrsdienstleistungen zu schaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger eine echte Alternative zum Individualverkehr mit dem PKW haben. Das Bahnnetz ist für zukünftige Generationen zu erhalten und auszubauen. Verkehrspolitisch sinnvolle Lückenschlüsse sollen im kommenden Jahr überprüft werden und ein zukunftsfähiges Verkehrsnetz für Österreich entworfen werden – ein österreichischer Generalverkehrsplan soll entstehen. Vorbild muss in dieser Sache unser Nachbarland Schweiz sein. Auch hier scheitert es in Österreich nicht an den Konzepten, alleine am politischen Willen fehlt es!

Die Kompetenzen sind klar und neu zu regeln – ich erwarte mir hier von allen Beteiligten eine konstruktive Haltung, die Blockaden der letzten Jahre können wir uns nicht mehr leisten. Die Zukunft beginnt jetzt!

Wir werden auf Bundesebene daher Mindestversorgungsstandards vorgeben, diese werden die zukünftige Bevölkerungsentwicklung und das Entwicklungspotential einer Region berücksichtigen. Bei Ausschreibungen werden Qualitäts- und Sozialkriterien für den ländlichen Raum und für die Städte vorgegeben. Dementsprechend werden wir die budgetierten Infrastrukturmittel umschichten: Weg von der Straße und weg von Megaprojekten mit zweifelhaftem volkswirtschaftlichen Nutzen - hin zum flächendeckenden Schienenausbau und einer Erweiterung des gesamten öffentlichen Verkehrsangebots, damit die oben genannten Ziele erreicht werden können.

Der Betrieb des öffentlichen Verkehrs in Österreich kostet jährlich rund 2 Mrd. €, zwei Drittel davon werden durch Bund, Länder oder Gemeinden finanziert. Es ist also unsere Pflicht, die genannten

Maßnahmen rasch umzusetzen, damit die eingesetzten Mittel die gewünschte Wirkung erzielen. Die Arbeitsplätze in diesem Bereich sind damit abgesichert, denn die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Eisenbahn-, der Straßenbahn- und Busunternehmen leisten einen wichtigen Beitrag für die umweltfreundliche Mobilität Österreichs. Meine Damen und Herren, ich glaube wir sind uns einig, dass sie nicht die Opfer dieser Krise sein dürfen. Ich erinnere Sie daran, dass wir jeder zusätzlich investierten Milliarde in den öffentlichen Verkehr 16.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Österreich setzt sich das Ziel vom Klimaschlusslicht wieder zum Klimavorzeigeschüler zu werden. Daher fördern wir den Verkehr auf der Schiene im Personen- und Güterverkehr besonders. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen für diesen Bereich werden um 120 Mio. € erhöht. Die Erhöhung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen geht aber mit klaren Leistungsvereinbarungen einher. Dabei sollen 20 Mio. € dem Personenverkehr zu Gute kommen und 100 Mio. € dem Güterverkehr. Eine Attraktivierung für den Gütertransport auf der Schiene über die Förderung des Verkehrs in der Fläche wird eine der Maßnahmen sein, um sich schrittweise der Kostenwahrheit im Verkehr anzunähern. Das muss aber auch durch einnahmenseitige Maßnahmen bei der LKW-Maut unterstützt werden. Im Personenverkehr gilt es über eine geringfügige Erhöhung des Bundesbeitrags für gemeinwirtschaftliche Leistungen, Bahnfahrten für die Österreicherinnen und Österreicher leistbar zu halten, d.h. beispielsweise weiterhin die Stützung der Vorteilscard.

Hochschulen – Mirijam Müller, Österreichische HochschülerInnenschaft, Bundesvertretung

Sehr geehrte Damen!

Sehr geehrte Herren!

Im Hochschulsektor ist es längst an der Zeit, notwendige Schritte zur Rettung unserer Hochschulen zu setzen und endlich Geld in die Hand zu nehmen. Das EU-Ziel, bis 2015 auf 2 % des BIP für die Hochschulen zu kommen, kann nur erreicht werden, wenn wir jährlich zumindest 500 Millionen Euro zusätzlich investieren. Alle profitieren von einem höheren Bildungsniveau – und alle haben ein Recht auf Bildung. Im Bewusstsein der hohen gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Relevanz solcher Zukunftsinvestitionen sind wir in diesem Bereich besonders bemüht, die seit Jahren verabsäumten Maßnahmen nun endlich zu setzen.

Aus den für 2011 budgetierten zusätzlichen 500 Millionen € sollen unter anderem prekäre Dienstverhältnisse an den Universitäten in Planstellen umgewandelt werden. Wir streben damit eine massive Verbesserung der Betreuungsverhältnisse an den Universitäten an. Beim Verhältnis ProfessorIn zu Studierenden liegen wir aktuell bei 1 zu 124. Durch das Schaffen von zusätzlichen 500 Professuren wollen wir dieses auf 1 zu 100 verbessern – längerfristig soll ein Betreuungsverhältnis von 1 zu 5 zwischen Studierenden und Lehrpersonal erreicht werden. Es gilt also noch viel zu bewegen!

Die ebenso dringend notwendigen baulichen Maßnahmen an den Universitäten sind aus den Gewinnen der Bundesimmobiliengesellschaft zu finanzieren.

Zudem wird der Ausbau der Fachhochschulstudienplätze weitergehen – hier schaffen wir durch die Investition von 10 Millionen Euro im Jahr 2011 zusätzlich 1.500 Studienplätze.

Statt der vorerst angekündigten Kürzung im Hochschulbereich werden wir 2011 eine Kehrtwende in der Hochschulfinanzierung schaffen und damit den Menschen in Österreich, die ein Studium anstreben, eine Zukunftsperspektive geben. Das Budget 2011 wird diesbezüglich ein erster Schritt zu einer tragfähigen Zukunftspolitik sein, wir fürchten uns nicht davor, das Steuersystem zu reformieren und Mittel dort einzusetzen, wo es am Dringlichsten ist.

Schule: Das österreichische Schulsystem ist eines der sozial Selektivsten. Die frühe Trennung im Alter von 10 Jahren hat katastrophale Auswirkungen, speziell für Kinder aus weniger privilegierten Schichten. Es ist dringend an der Zeit, die Gesamtschule für die 6-14-jährigen umzusetzen! Und auch die Betreuungsmöglichkeiten für 0-6-jährige und den Gratis-Kindergarten mit erhöhtem Augenmerk auf Sprachförderung zu verbessern. Auch hier muss Geld in die Hand genommen werden – in Summe zumindest 145 Millionen Euro im Jahr 2011!

Entwicklungszusammenarbeit und Klima – Petra Navara-Unterluggauer, AG Globale Verantwortung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Österreichs Politik kann jedoch nicht an seinen Staatsgrenzen Halt machen:

- wir leben in deiner globalisierten Gesellschaft
- wir nutzen die Ressourcen des gesamten Planeten
- wir atmen dieselbe Luft zusammen mit weiteren 6,9 Milliarden Menschen

In der Gestaltung seiner nationalstaatlichen Politik trägt Österreich auch eine **globale Verantwortung**.

Diese Verantwortung wird in der Entwicklungspolitik und der Klimapolitik wahrgenommen.

Entwicklungszusammenarbeit trägt zu einem besseren sozialen Ausgleich zwischen arm und reich, zu einer gerechteren Verteilung von Gütern und zur internationalen Sicherheit bei.

- Die Zusage zur Investition von 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit wird nun **schrittweise in einem gesetzlich verankerten Budget** umgesetzt werden. Im ersten Schritt wird das Budget für die direkt gestaltbare EZA um 100 Mio. € erhöht. Mit diesem Betrag werden vorwiegend Programme und Projekte von nichtstaatlichen Organisationen finanziert, die direkt bei der Zivilbevölkerung, direkt bei den notleidenden Menschen ankommen.
- Begleitend wird der 2009 eingerichtete Auslands-Katastrophen-Fonds ab 2011 jährlich mit 10 Mio. € dotiert. Damit werden Organisationen der Humanitären Hilfe rasch auf signifikante Summen zurückgreifen und im Namen der Republik Österreich tatkräftig helfen können.
- Und: *Wir müssen zusätzliches Geld in die Hand nehmen, wenn wir in der Klima-Krise kraftvoll helfen wollen.* Deshalb werden die 40 Mio. € Anschubfinanzierung gegen den Klimawandel, die 2009 in Kopenhagen zugesagt wurden, 2011 erstmals eine reale Investition aus sog. „frischem Geld“ darstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Strukturen, die angepassten Budgets in der Entwicklungspolitik und der Klimapolitik umzusetzen, sind längst mit der Austrian Development Agency eingerichtet. Mit dem Budget 2011 werden im Rahmen unserer globalen Verantwortung Maßnahmen finanziert. Lassen wir die OEZA und die Organisationen der Zivilgesellschaft arbeiten!

Gesundheit, Pflege und Soziales – Judith Pühringer, Die Armutskonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein guter Tag beginnt mit einem gerechten Budget.

Ein guter Tag beginnt mit einem verteilungsgerechten Budget.

Ein guter Tag beginnt mit einem Budget, das dafür sorgt, dass sich die Verhältnisse im siebtreichsten Land der Welt dauerhaft zu Gunsten stärkeren sozialen Zusammenhalts ändern.

Es ist höchste Zeit, soziale Ungleichheiten dauerhaft zu beseitigen.

Es ist höchste Zeit, Überfluss zu besteuern und in Soziales zu investieren.

Wer jetzt am Sozialen spart, vertieft die schon viel zu große Kluft zwischen Arm und Reich in diesem Land weiter.

Wer jetzt am Sozialen spart, gefährdet das Leben und Überleben vieler Tausender Menschen in Österreich, die in akuter Armut leben.

Wer jetzt am Sozialen spart, setzt den sozialen Frieden und damit auch eine positive Konjunkturentwicklung in diesem Land aufs Spiel.

Es ist also hoch an der Zeit, in wirkliche Zukunftsbereiche wie Soziales, Pflege, Gesundheit und qualitätsvolle und existenzsichernde Arbeitsplätze zu investieren.

Wir müssen sicherstellen, dass nicht die verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft, jene, die Pflege oder Betreuung brauchen und jene, die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind, den höchsten Preis für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben.

Aus diesem Grund setzen wir jetzt ein sehr bewusstes Zeichen und investieren massiv in diesen Bereich.

Ein gerechtes Budget besteht aus drei Säulen und einer Basis:

- 1) Adäquate monetäre Mindestsicherung
- 2) Qualitätsvolle soziale Infrastruktur
- 3) Inklusiver Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik

Diese drei Säulen ruhen auf einer fundierten Basis, die immer wieder neu geschaffen und verhandelt werden muss: partizipative Demokratie und die Sicherung demokratiepolitischer Entwicklungen.

1. Adäquate monetäre Mindestsicherung

Diese erste Säule ist ein zentrales Element nachhaltiger Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit. Um monetäre Sozialleistungen „armutsfest“ zu machen und ihre BezieherInnen damit über die Armutsgrenze zu heben, also die Armutslücken zu schließen, sind mittel- und langfristig Investitionen in monetäre Sozialleistungen von mindestens 900 Millionen Euro notwendig.

In einem ersten Schritt müssen wir 300 Millionen Euro in Verbesserungen in diesem Bereich investieren. Das braucht es schon um die größten Mängel der derzeitigen Mindestsicherung auszugleichen.

2. Qualitätvolle soziale Infrastruktur

Die zweite Säule, der Ausbau qualitätsvoller sozialer Infrastruktur, ist ein Schlüssel für unser aller Zukunft. Investitionen in diesen Bereich sichern Zusammenhalt, Beschäftigung und Teilhabe. Statt „poor services for poor people“ schaffen wir mit diesem Budget die Voraussetzung für den notwendigen Um- und Ausbau in Pflege, Gesundheit, Beratung und Betreuung. Gemeinsam mit den Investitionen in Bildung, öffentlichen Verkehr, Kinderbetreuung und nachhaltige Energieträger wird so garantiert, dass alle Menschen und zukünftige Generationen Zugang zu qualitätsvollen Dienstleistungen und öffentlichen Gütern haben.

Besonders der Bereich der Pflege ist hier hervorzuheben: Die Beschäftigten in der Pflege und Betreuung, ob im stationären, ambulanten oder mobilen Bereich, leisten täglich einen außergewöhnlich großen Beitrag zum Gemeinwohl und arbeiten dabei oft unter hohem physischen und psychischen Druck. Sie verdienen schon lange eine Qualitäts- und Qualifizierungsinitiative und Arbeitsplätze, die existenzsichernd und attraktiv sind.

Wir werden zudem sowohl das Pflegegeld als auch die Ausgaben für Sachleistungen in diesem Bereich erhöhen und diese zukünftig an die Preisentwicklung anpassen.

In einem ersten Schritt investieren wir insgesamt 360 Mio. Euro in die Valorisierung des Pflegegeldes, in die Qualifizierung und Qualitätssicherung beim Pflegepersonal und den Ausbau mobiler Pflegedienste.

Und nun zur dritten Säule, der Inklusiven Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie werden mir zustimmen:

Jede Arbeitslose und jeder Arbeitslose ist eine bzw. einer zu viel! Das Schlimmste, was man Menschen und insbesondere unserer Jugend antun kann, ist Arbeitslosigkeit.

Um die Arbeitslosigkeit zu verringern braucht es eine Vielzahl von Maßnahmen: Unsere Zukunftsinvestitionen schaffen auch Arbeitsplätze! Darüber hinaus braucht es auch spezifische Maßnahmen für eine inklusive und qualitätsvolle Arbeitsmarktpolitik:

Am schwersten haben es am Arbeitsmarkt jene Menschen, die keine Ausbildung über dem Pflichtschulabschluss haben, die die wegen gesundheitlicher Probleme oder Betreuungspflichten nicht voll dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können oder die aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alter oder ihres Geschlechts am Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden.

Ihnen gilt unser spezielles Augenmerk. Deshalb investieren wir zusätzliche 70 Millionen Euro in innovative und mutige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Menschen in ihren spezifischen Lebenssituationen und mit all ihren Talenten, Fähigkeiten und Erfahrungen ernst nehmen und ihnen adäquate und sinnvolle Erwerbsarbeit in einem inklusiven Arbeitsmarkt sichern.

Zusätzlich sind radikale Reformen im Bereich der bisherigen Mittelverwendung des AMS nötig.

Und sagen wir es ehrlich und deutlich: Österreich hat eine der niedrigsten Erwerbsarbeitsbeteiligungen älterer Menschen – wer scheinbar zu alt ist, hat keine Chance auf einen Job und wird zusätzlich als „Sozialschmarotzer“ stigmatisiert – hier müssen wir ansetzen und diese und weitere Budgetmittel konzentriert einsetzen.

Zudem ist ein zweiter schwungvoller und mutiger Schritt notwendig: eine Verkürzung der Arbeitszeit!

Ein besseres und gesünderes Leben für uns alle ist möglich – und bitter notwendig, wenn das faktische Pensionsantrittsalter tatsächlich steigen soll. Wir brauchen daher eine Arbeitszeitverkürzung, sinnvoll wären auch Modelle der „Lebensarbeitszeit“, bei denen unterschiedliche Wochenarbeitszeiten in verschiedenen Lebensphasen gelten: hier sollte für Vorreiter die nötige gesetzliche Absicherung und jede Unterstützung vorgesehen werden.

Arbeitszeitverkürzung ist ein für alle vorteilhafter und nahe liegender Weg – durch sie würde auch die faire Verteilung von Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen erleichtert. Daher muss in einem ersten Schritt die gesetzlich immer noch vorgesehene und im Dienstleistungsbereich übliche 40 Stunden-Woche auf 38,5 Stunden verkürzt werden. Parallel dazu sollte, insbesondere in der Sachgüter-Erzeugung, die dort typische Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden durch Kollektivvertrag auf 36 Stunden verringert werden.

Das ist nur der erste Schritt: Die starken Rationalisierungseffekte müssen auch in den Folgejahren durch entsprechende Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen werden, um starke Beschäftigungseffekte zu erreichen – ein Ausgleich durch dauerndes Wirtschaftswachstum ist weder möglich noch ökologisch wünschenswert.

Damit eine Arbeitszeit-Verkürzung einen maximalen Arbeitsplatz-Effekt bringt, muss eine staatliche Einstiegsförderung für gefährdete Sektoren der Wirtschaft vorgesehen werden. Insbesondere ist im gesamten Non Profit- und Pflegebereich der Ersatz der vollen Kosten der Arbeitszeit-Verkürzung bei Einstellung entsprechenden Personals sinnvoll und nötig. Der gesetzlich vorgegebene Betreuungsschlüssel wird hier zusätzliche finanzielle Mittel brauchen, aber eben auch einen Anstieg der Betreuungs- und Pflegequalität, sowie der Anzahl und Qualität der Arbeitsplätze nach sich ziehen. Für den Staat geht diese Rechnung auf jeden Fall auf!

Im Übrigen schlagen wir die Anwendung des bereits bestehenden „Solidaritätsprämien-Modells“ vor, in dem etwas mehr als die Hälfte der Kosten der Arbeitszeit-Verkürzung vom Staat übernommen werden, wenn Ersatzkräfte eingestellt werden.

Arbeitslosigkeit führt zu Verzweiflung, Krankheit, familiärer Gewalt und Fremdenhass. Sie bedroht die Demokratie und sie verursacht immense Kosten! Sie ist die dümmste Form von „Arbeitszeitverkürzung“, die es überhaupt gibt – lassen Sie uns intelligentere praktizieren!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unsere drei Säulen – adäquate Mindestsicherung, soziale Infrastruktur und inklusive Arbeitsmarktpolitik – können nur wirksam werden, wenn sie auf einer fundierten Basis ruhen.

Diese Basis bilden die seit Jahrzehnten überfälligen demokratiepolitischen Entwicklungen, welche die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung unseres Landes und unseres Budgets sichern.

Es braucht deshalb partizipative, transparente und offene Prozesse für eine umfassende Steuerreform und für die Verwendung dieser Steuermittel.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir stehen vor einer ungewöhnlichen Situation und wir werden diese gemeinsam meistern. Wir haben die notwendigen Mittel um ein gutes Leben für alle zu sichern.

Ein guter Tag beginnt und endet mit einem gerechten Budget.